



HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2010

*Dem
Innenausschuss
überwiesen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Anhörung zu Gewalt und Extremismus in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag befasst sich fortlaufend mit der Kriminalitätsentwicklung im Allgemeinen und im Besonderen, mit Gewalttaten, Straftaten, Gewaltentwicklung und Gewaltexzessen in Hessen.

Um weitere Erkenntnisse über die aktuelle Situation, Ursachen von Gewalt in allen Formen und über die sich daraus ergebenden Gefahren zu gewinnen, soll der Innenausschuss des Hessischen Landtags eine umfassende Anhörung durchführen.

In dieser Anhörung sollen vor allem folgende Aspekte schwerpunktmäßig untersucht werden:

1. Die Entstehung und Verbreitung von Jugendgewalt, deren Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen - sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei bereits gewalttätigen bzw. gewaltbereiten Jugendlichen - sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, um diesen Erscheinungsformen entgegenzuwirken.
2. Die Entstehung und Verbreitung von Gewalt gegen Polizeibeamte, deren Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen - sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei bereits gegen Polizeibeamte gewalttätigen bzw. gewaltbereiten Menschen - sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, um diesen Erscheinungsformen entgegenzuwirken.
3. Die Entstehung und Verbreitung von Rechtsextremismus, dessen Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen - sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern des Rechtsextremismus - sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, der ideellen und tatsächlichen Unterstützung rechts-extremen Gedankengutes und rechtsextremen Handelns entgegenzuwirken.
4. Die Entstehung und Verbreitung von Linksextremismus, dessen Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen - sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern des Linksextremismus - sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, der ideellen und tatsächlichen Unterstützung links-extremen Gedankengutes und linksextremen Handelns entgegenzuwirken.
5. Die Entstehung und Verbreitung von sonstiger politisch oder religiös begründeter Gewalt, deren Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen - sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern der einzelnen extremistischen Gruppierungen - sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft,

der ideellen und tatsächlichen Unterstützung sonstigen politisch oder religiös begründeten extremistischen Gedankengutes und sich daraus ergebenden extremistischen Handelns entgegenzuwirken.

Der Landtag ist der Auffassung, dass jede Gewalttat in Hessen eine Gewalttat zuviel ist. Trotz umfassender und intensiver Programme und erheblicher finanzieller Investitionen des Landes Hessen in Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie Gewalt- und Kriminalitätsbekämpfung sieht es der Landtag als Verpflichtung an, durch eine Sachverständigenanhörung zusätzliche Impulse für die Aktivitäten staatlichen und gesellschaftlichen Handelns zu sammeln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Mai 2010

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Wintermeyer

Für die Fraktion der SPD
Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph

Für die Fraktion
der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir